PB.S-01-212-4

Kapitel 3: Solidarität sichern

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	Grüne Jugend Bundesvorstand
Beschlussdatum:	30.04.2021

Änderungsantrag zu PB.S-01

Von Zeile 211 bis 219:
ein Bundestariftreuegesetz. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten. Deswegen wollen wir uns für die Stärkung der Nachbindung von Tarifverträgen stark machen und setzen uns so für die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen für die gesamte Branche ein. Wir wollen Arbeitgeber*innen aus Arbeitgebervereinigungen ausschließen, wenn sie selbst nicht nach Tarif bezahlen. Ebenfalls brauchen Gewerkschaften ein besseres (digitales) Zutrittsrecht in die Betriebe, um die Organisierung für Gewerkschaften zu erleichtern. Betriebsräte, die sich für Mitarbeiter*innen einsetzen, brauchen auch selbst mehr Schutz. Gleiches gilt auch für die Beschäftigten, die erstmals einen Betriebsrat gründen wollen. Dies kann nur über einen umfassenden Kündigungsschutz für Wahlinitiator*in-nen vor und nach der Wahl erreicht werden. Die Mitbestimmungsrechte ~~wollen wir ausbauen und modernisieren, wenn es um die~~in den Bereichen Personalentwicklung, ~~die~~ Stärkung ~~von~~der Frauen sowie Umweltschutz und ~~die~~ Verbesserung der Klimabilanz ~~im Unternehmen geht~~wollen wir modernisieren und zu zwingenden Mitbestimmungsrechten ausbauen. Der Wandel der Arbeitswelt, den Digitalisierung und ökologische Transformation mit sich bringen, muss gemeinsam mit den Beschäftigten im Betrieb gestaltet werden. Hierzu bedarf es entsprechend starker und zwingender Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte.